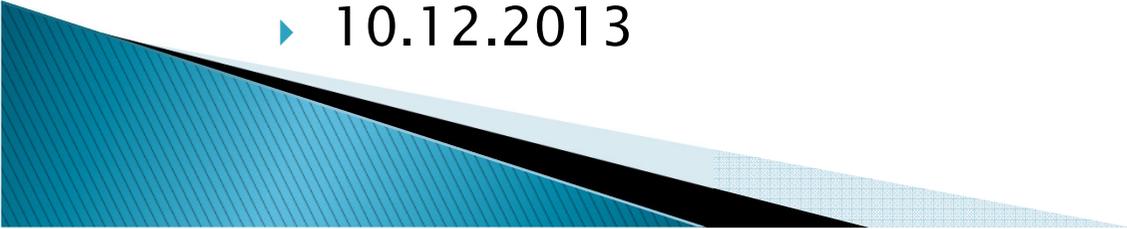


▶ Bochum im Bund und in Europa

▶ Bedeutung der Bundespolitik,
des Europäischen Binnenmarkts
und des Euro-Raums
für den Konzern Stadt Bochum

▶ Dr. Manfred Busch, Stadtkämmerer Bochum

▶ 10.12.2013





Stadt

Bochum

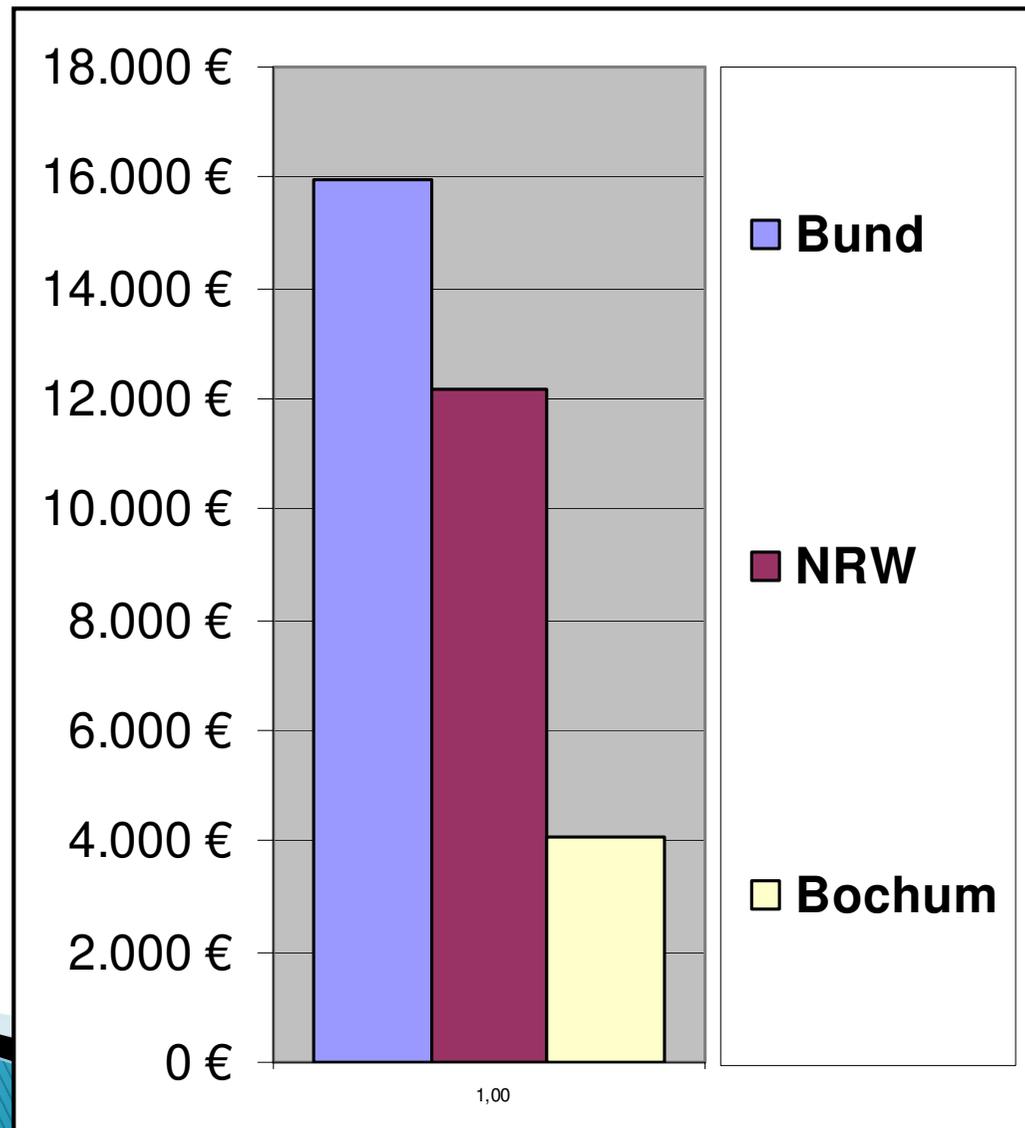
interne versus externe Ursachen

- ▶ ... können nicht mit Geld umgehen ... ?
- ▶ ... sollten mal den Gürtel enger schnallen,
mal auf Urlaub verzichten ... ?
- ▶ ... „Eins–Zwei–Drei– schuldenfrei“ !?
(die Langenfelder Patentrezepte...)
- ▶ Ziel heute:
einen Eindruck von Zusammenhängen
und Größenordnungen vermitteln
(schlaglichtartig)



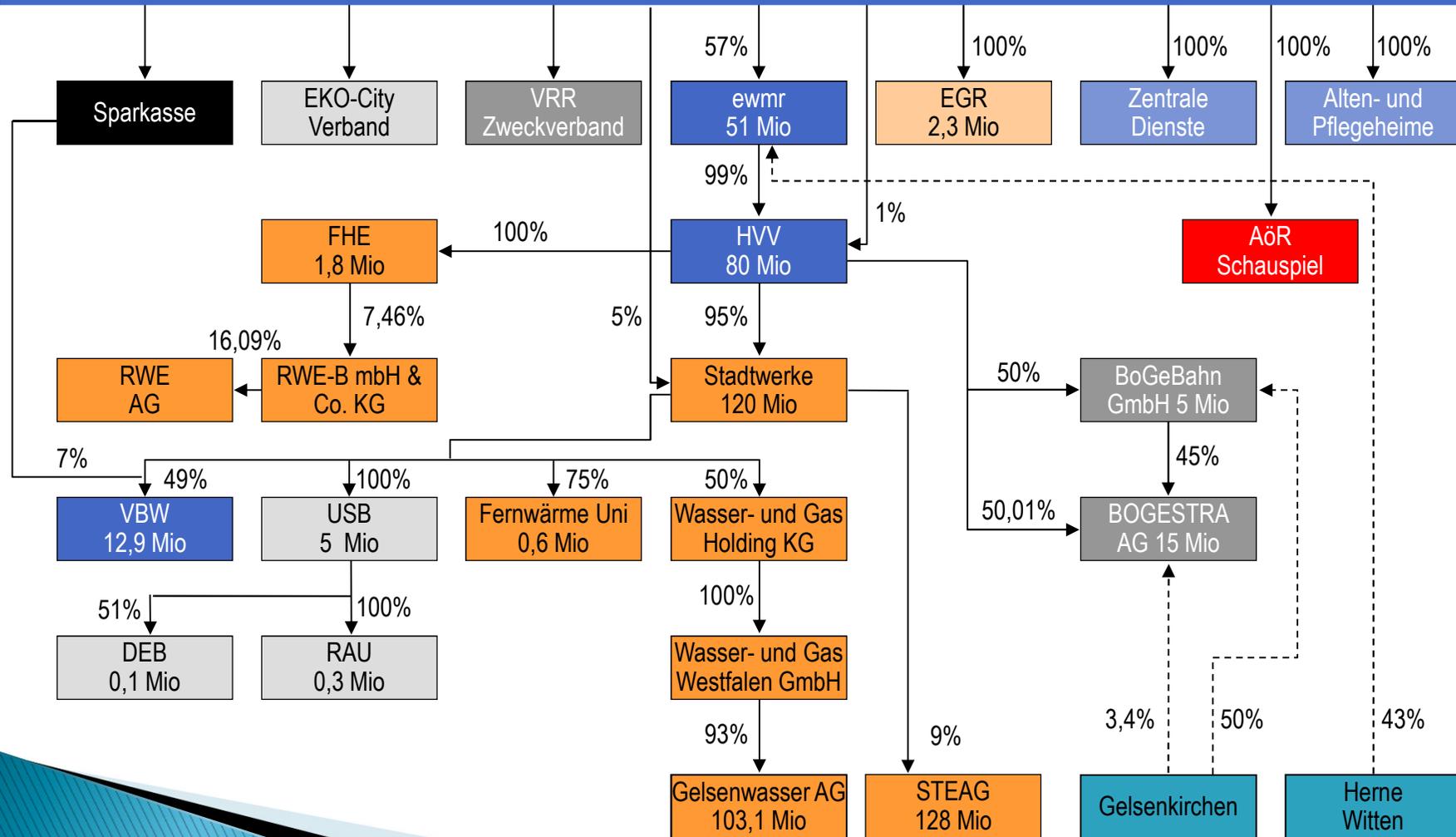
Pro-Kopf-Schulden einer/s Bochumer Bürgers/in

(31.12.2011)



Konzern Stadt Bochum

(Kernverwaltung: Schule, Kultur, Sport, Bäder, Abwasserentsorgung, Bestattungen u.v.a.,
Töchter: ÖPNV, Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Energieversorgung, Wirtschaftsförderung u.v.a.)



Stadt Bochum: finanzielle Dimensionen im Jahr 2012

▶ gesamte Aktiva	4,5 Mrd €
▶ Rückstellungen	1,2 Mrd €
▶ Schulden	1,5 Mrd €
▶ Eigenkapital	1,2 Mrd €
▶ Defizit	100 Mio €

Der erste Konzernabschluss der Stadt Bochum
wird voraussichtlich im Sommer 2014 vorliegen.



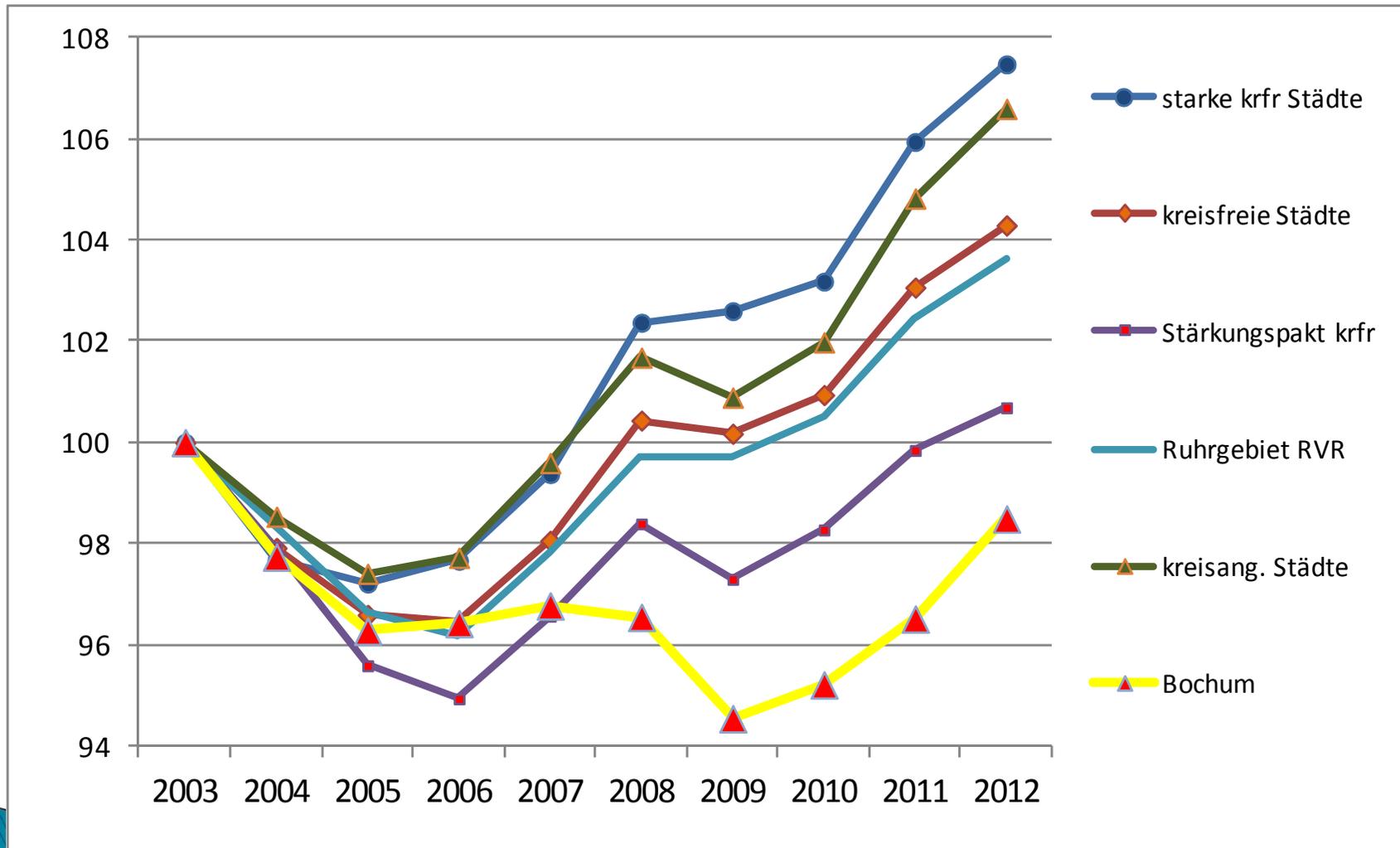
Ursachen kommunaler Finanznot

- ▶ fehlende Arbeitsplätze durch ungünstige Wirtschaftsstruktur
 - ▶ Steuerschwäche im Strukturwandel (altindustrialisierte Regionen)
 - ▶ Einwohnerverluste u.a.
- ▶ Solidarbeitrag Ost
(Infrastrukturaufbau Ost finanziert über Kassenkredite West)
- ▶ überproportional ansteigende Sozialtransfers
 - ▶ Grundsicherung für Arbeitssuchende (KdU im SGB II)
 - ▶ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)
 - ▶ Eingliederungs- und Behindertenhilfe
... perspektivisch Entlastungen durch den Bund (Fiskalpakt 2012!?)
- ▶ ständige Aufgabenzuwächse ohne finanziellen Ausgleich (Konnexität)
- ▶ wiederholte Eingriffe in die Steuererträge
 - ▶ Jahrhundert-Steuerreform 2000, Unternehmensteuerreform 2008
 - ▶ schleichende Belastungen durch kommunalfeindliche Steuergesetze
- ▶ Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 / 2009

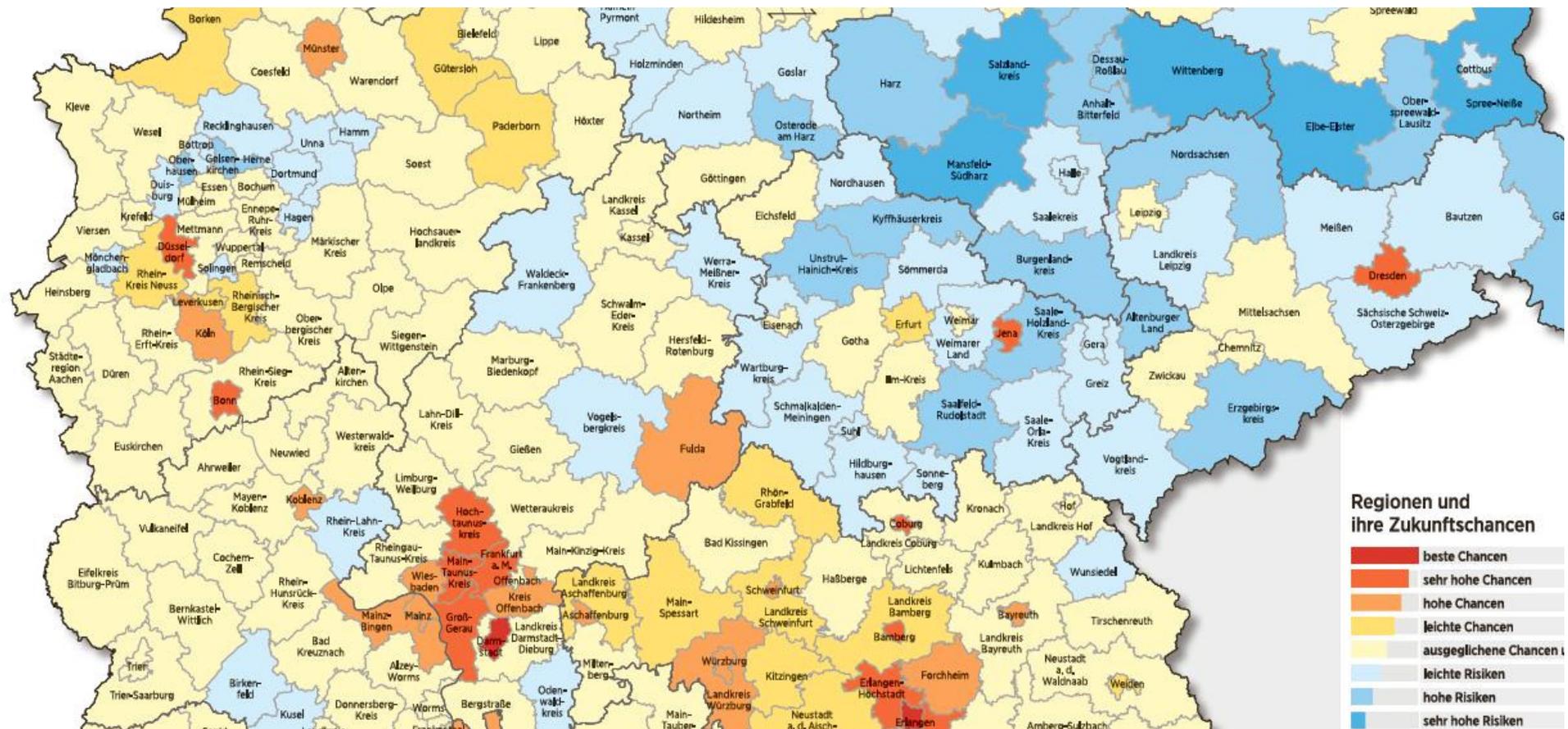


Beschäftigten-Entwicklung im NRW-Vergleich

(sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2003 - 2012)



Auszug aus „Zukunftsatlas 2013“



Quelle: Prognos Zukunftsatlas 2013 (im Auftrag des Handelsblatts), veröffentlicht am 09.11.2013

Themen

- ▶ Verletzungen des Konnexitätsprinzips (Bund und Land)
- ▶ EU-Richtlinien, -Regelungen und –Reglementierungen
- ▶ kommunale Daseinsvorsorge und EU-Binnenmarkt
- ▶ Euro-Raum und einheitliche Kapitalmärkte



Verletzungen des Konnexitätsprinzips

(Übertragung neuer Aufgaben ohne Gegenfinanzierung)

- ▶ Ausweitung der kommunalen Krankenhausfinanzierung
- ▶ Kürzungen der ÖPNV-Finanzierung
- ▶ Kommunalisierung der Schulsozialarbeit
- ▶ Folgekosten der Inklusion

- ▶ Finanzierung der Deutschen Einheit
(Beitrag zum Fonds Deutsche Einheit entspricht Bochumer Kassenkrediten)
- ▶ Wachstumsbeschleunigungsgesetz
- ▶ elektronischer Personalausweis
- ▶ Folgekosten der Freizügigkeit
- ▶ Kommunalisierung der Versorgung von Flüchtlingen
- ▶ sukzessive Aushöhlung der Gewerbesteuer



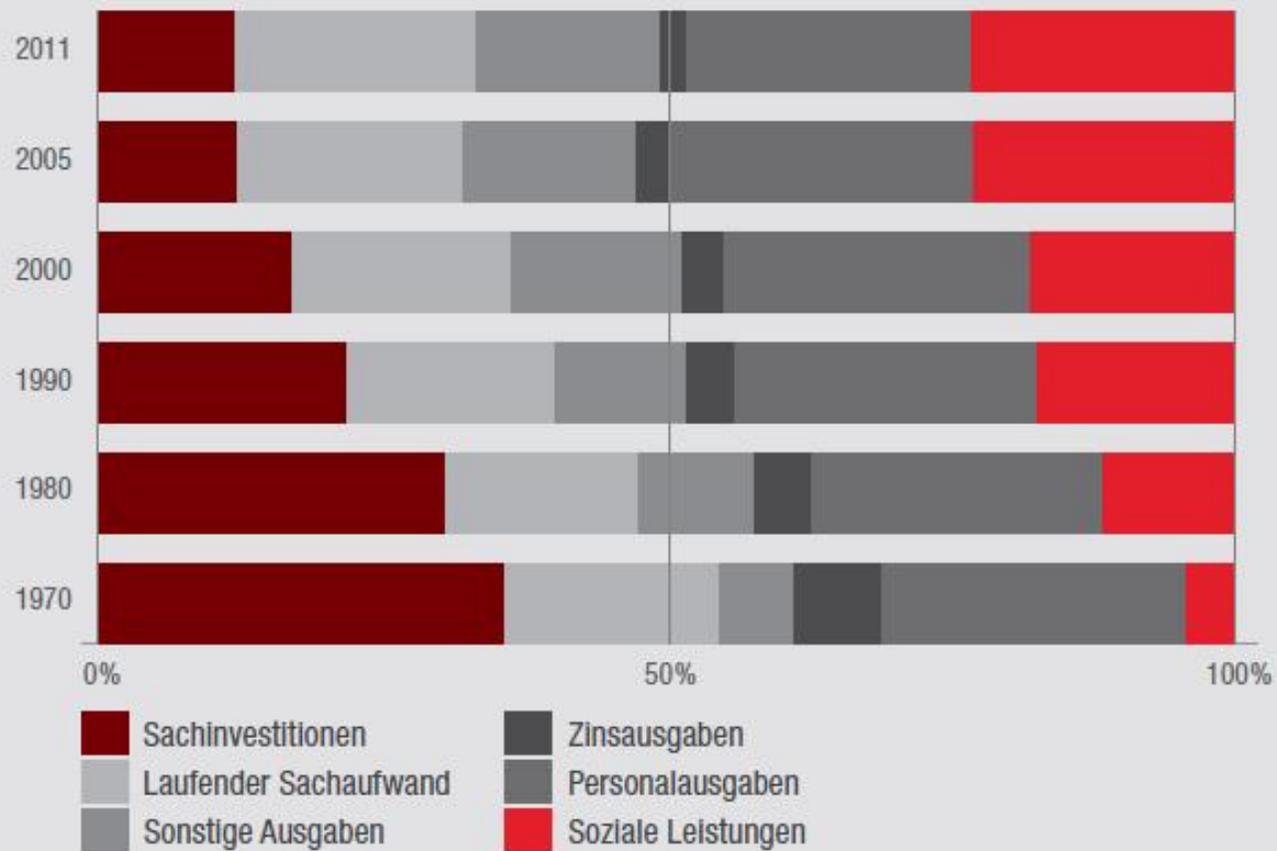
Aushöhlung der Gewerbesteuer

- ▶ Objektsteuern und Äquivalenzprinzip
(kein Anspruch auf eine bestimmte staatliche Leistung)
- ▶ Verschlimmbesserungen:
 - 1969: Gewerbesteuerumlage für Bund und Länder
 - 1978: Abschaffung Bemessungsgrundlage Lohnsumme
 - 1983: Begrenzung der Hinzurechnung von Dauerschuldzinsen
 - 1998: Abschaffung Bemessungsgrundlage Gewerbekapital
 - 2007: Abschaffung der Hinzurechnung von Mieten und Pachten
 - 2008: Diverses
 - Anrechnung der Gewerbesteuerbelastung auf die Einkommensteuerschuld (3,8fach BMG)
 - Hinzurechnung von Finanzierungsaufwand mit Freibetrag
(1/4 der Entgelte für Schulden, Renten, Gewinne, Dividenden, Mieten, Lizenzen)
 - Abschaffung Staffeltarif, Absenkung Gewerbesteuermesszahl
- ▶ Bewusste Entfernung vom Äquivalenzprinzip führt zur verfassungsrechtlich angreifbar (Nähe zur Ertragsbesteuerung)
- ▶ „Substanzbesteuerung“ – Wertschöpfungssteuer
 - Feuerwehr kommt nur bei guter Konjunkturlage!??
 - In anderen Industrieländern deutlich höhere „Substanzbesteuerung“

(Koalitionsvertrag S. 93: Gewerbesteuer erhalten!)

Ausgabenstruktur der Kommunen seit 1970*

Investitionshaushalte wurden zu Sozialhaushalten



* bis einschl. 1990 alte Länder

Eigene Zusammenstellung und Berechnung nach der Kommunalfinanzstatistik des Statistischen Bundesamtes.

Finanzierungsverantwortung für Soziallasten

(Bund, Länder und/oder Kommunen)

- ▶ Albrecht-Initiative (1988):
hälftige Bundesfinanzierung der kommunalen Soziallasten
- ▶ Beschluss des nordrhein-westfälischen Landtages (2010):
hälftige Finanzierung der kommunalen Soziallasten
- ▶ Gerichte/ Rechnungshof
 - OVG Koblenz (2010): hälftige Beteiligung des Landes am Zuwachs der kommunalen Sozialausgaben
 - Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz (2012):
Land ist zuständig; Wachstum regulierter Ausgaben kann Abweichung vom Symmetriegrundsatz begründen
 - Rechnungshof Rheinland-Pfalz (2012): u.a. hälftige Beteiligung an den Sozialleistungen ohne Grundsicherung im Alter
- ▶ hälftige Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosigkeit durch den Bund
- ▶ Fiskalpakt (2012):
Bund soll Eingliederungshilfe für Behinderte übernehmen
(Koalitionsvertrag S 88: 1 – 5 Mrd/a durch Bund)

Bochum und EU-Richtlinien, -Regulierungen und -Reglementierungen



- Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren; 2006/66/EG
- Aktive implantierbare medizinische Geräte; 90/385/EWG + Änderungsrichtlinie 2007/47/EG
- Allgemeine Regelung für die Anerkennung von Hochschuldiplomen; 89/48/EWG;
- Arbeitsmittelbenutzungsrichtlinie; 2009/104/EG (vorher 89/655/EWG)
- Richtlinie 2003/88/EG über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung, beruhend auf den vorangegangenen Richtlinien 93/104/EG und 2000/34/EG
- Aufzugsrichtlinie; 95/16/EG
- Azofarbstoffrichtlinie; 2002/61/EG
- Badegewässerrichtlinie; 2006/7/EG
- Bauprodukte; 89/106/EWG
- Druckgeräte; 97/23/EG
- Einfache Druckbehälter; 2009/105/EG
- Einheiten im Messwesen; 80/181/EWG
- Elektromagnetische Verträglichkeit / Europäische EMV-Richtlinie; 2004/108/EG (ex 89/336/EWG)
- Elektro- und Elektronik-Altgeräte; (Entsorgung von); 2002/96/EG
- Elektro- und Elektronikgeräten, (Beschränkung gefährlicher Stoffe); 2002/95/EG
- Elektrobacköfen-Energieetikettierung; 2002/40/EG
- Emissionshandelsrichtlinie; 2003/87/EG
- Explosivstoffe für zivile Zwecke; 93/15/EWG
- Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie; 92/43/EWG
- Feinstaubrichtlinie; 99/30/EG
- Fernabsatzrichtlinie; 97/7/EG
- Führerscheine; 2006/126/EG
- Funkanlagen und Telekommunikationseinrichtungen; 99/5/EG
- Gasverbrauchseinrichtungen; 90/396/EWG
- Gefährliche Stoffe enthaltende Batterien und Akkumulatoren; 91/157/EWG
- Gefahrstoffkennzeichnung (Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe); 67/548/EWG
- Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (ATEX 95); 94/9/EG
- Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden; 2002/91/EG
- Humanarzneimittelrichtlinie; 2001/83/EG
- Industrieemissionsrichtlinie; 2010/75/EU
- Infrastructure for Spatial Information in Europe (INSPIRE); 2007/2/EC → Geodatenzugangsgesetz
- In-vitro-Diagnostika; 98/79/EG
- Interoperabilität des konventionellen transeuropäischen Eisenbahnsystems; 2001/16/EG
- Interoperabilität des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems; 96/48/EG



- Kosmetikrichtlinie; 76/768/EWG
- Kraftstoffbehälter und Unterfahrschutz von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern; 2006/20/EG
- Lärmschutzrichtlinien; 2002/44/EG, 2003/10/EG
- Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen; 2002/72/EG
- Medizinprodukterichtlinie; 93/42/EWG + Änderungsrichtlinie 2007/47/EG
- Messgeräte; 2004/22/EG;
- Mindestvorschriften zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit der Arbeitnehmer, die durch explosionsfähige Atmosphären gefährdet werden können (ATEX 137); 99/92/EG
- Nichtselbsttätige Waagen; 2009/23/EG (früher 90/384/EWG)
- Niederspannungsrichtlinie betreffend Elektrische Betriebsmittel zur Verwendung mit Spannungen zwischen 50 und 1000 Volt; 2006/95/EG (früher 73/23/EWG)
- Nonylphenol-Zement; 2003/53/EG
- Persönliche Schutzausrüstungen; 89/686/EWG
- Postdienste EWG; 97/67/EG
- Public sector information (PSI); 2003/98/EG → Informationsweiterverwendungsgesetz
- Rechtsschutz von Computerprogrammen; 91/250/EWG
- Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit; 98/24/EG
- Seilbahnen; 2000/9/EG
- Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz; 92/58/EG
- Sicherheitsdatenblätter; 91/155/EWG siehe auch 1999/45/EG)
- Spielzeug; 88/378/EWG
- Sportboote; siehe auch: CE-Seetauglichkeitseinstufung; 2003/44/EG (früher 94/25/EG)
- Telekommunikations-Endeinrichtungen; 99/5/EG; früher 98/13/EG;
- Umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen (siehe auch: Lärmschutzrichtlinien); 2000/14/EG
- Umweltinformationsrichtlinie; 2003/4/EG
- Urheberrechtsrichtlinie 2001/29/EG
- Verbrauchsgüterrichtlinie; 1999/44/EG
- Verpackungsabfall; 94/62/EG
- Vogelschutzrichtlinie; 2009/147/EG (davor 79/409/EWG)
- Vorderer Unterfahrschutz von Kraftfahrzeugen; 2000/40/EG
- Vorratsdatenspeicherung; 2002/58/EG
- Warmwasserheizkessel / Mit flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen beschickte neue Warmwasserheizkessel; 92/42/EWG



kommunal-relevante EU-Regelungen z.B.

- ▶ EU-Trinkwasser-Richtlinie
(Kontroll-Aufwand)
- ▶ EU-Energieeffizienz-Richtlinie und Ökodesign-Richtlinie
(über 1.000 städtische Gebäude in Bochum)
(Koalitionsvertrag S. 52: Bund will sachgerecht umsetzen!)
- ▶ EU-Arbeitszeitregelungen
(Opt-out-Regelung bei der Bochumer Feuerwehr gekippt)
- ▶ EU-Erweiterung und Freizügigkeits-Richtlinie
(Wegfall der Beschränkungen zur Arbeitnehmer-freizügigkeit zum 01.01.2014; “Armutsfüchtlinge“ wie im Dortmunder und Duisburger Norden...?)



27. Mai 2004 | 12.28 Uhr

EU gibt Erwerbslosen volle Freizügigkeit 

Einwanderungswelle osteuropäischer Sozialhilfe-Empfänger befürchtet

München (rpo). Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo-Institut hat in der "Süddeutschen Zeitung" vor einer massiven Einwanderungswelle osteuropäischer Sozialhilfe-Empfänger nach Deutschland gewarnt. Zwar habe die EU Übergangsfristen für Arbeitnehmer verankert, doch Erwerbslose dürften sofort einwandern und hätten von Anfang an "Anspruch auf alle sozialen Leistungen".

By Jason Beattie |  18 Comments | 27 Nov 2013 01:04

David Cameron in new bid to stop Bulgarian and Romanian migrants with Immigration Bill changes

The Prime Minister will today pledge that any EU national found begging or sleeping rough would be deported and banned from the UK for a year

 Tweet  11

 Like  Share  45



Maßnahmenpaket Stadt Bochum

(Zuwanderung aus Südosteuropa / befasste Ämter / Aufgaben)

- ▶ **Polizei und Ordnungsamt, Einwohneramt**
Identitätsfeststellungen, Berechtigungsprüfungen, Sicherstellungen, Untersagungen, Platzverweise, Verwarngelder (z.B. gegen organisiertes Betteln im Rahmen krimineller Strukturen, Prostitution etc.), in der Regel unter Einsatz von DolmetscherInnen
- ▶ **Schulamt, Jugendamt, Gesundheitsamt, Sozialamt, Jobcenter**
Sprachkurse, Einschulungsuntersuchung und Schulzuweisung /Auffangklassen, Elternberatung, Ausschluss einer Kindeswohlgefährdung, gesicherter Zugang zu KiTas und einer bedarfsgerechten Förderung in den KiTas, Infektionsschutz (z.B. Tuberkulose, Hepatitis, HIV) und akute Versorgung bei fehlendem KV-Schutz, ggf. Rückkehrhilfen
- ▶ **Bauordnungsamt, Planungsamt und Liegenschaftsamt**
„Problem-Immobilien“ und Wohnungsaufsichtsgesetz NW 2014: Instandsetzungsanordnungen und Ersatzvornahmeverfügungen



<http://www.derwesten.de/staedte/dortmund/dortmund-will-geld-fuer-armutsfluechtlinge-beim-bund-einklagen-id8507097.html>

Koalitionsvertrag S. 108: Förderprogramme verstärkt nutzen!

ZUWANDERER

Dortmund will Geld für Armutsflüchtlinge beim Bund einklagen

30.09.2013 | 10:13 Uhr



Dreck und Müll in Stolipinovo: Aus diesem Stadtteil von Plovdiv (Bulgarien) stammen die meisten Sinti und Roma, die in Dortmund leben.

Foto:

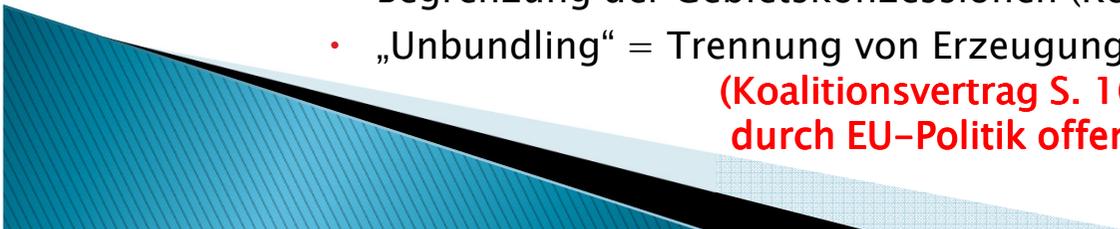
Bochum,
kommunale Daseinsvorsorge
und EU-Binnenmarkt



Kommunale Daseinsvorsorge im Wettbewerb !?

- ▶ Grundgesetz:
kommunale Selbstverwaltungsgarantie (Art. 28 II GG)
(umfasst auch das Recht zur freien Aufgaben-Organisation im Rahmen der Gemeindeordnung):
 - rein hoheitlich
 - im Rahmen von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen (z.B. AöR)
 - im Rahmen privatwirtschaftlich organisierter Gesellschaften
 - mit privaten Partnern (gemischtwirtschaftlich)
 - mit öffentlich-rechtlichen Partnern (interkommunale Kooperation)

- ▶ EU: Liberalisierung und Deregulierung der wirtschaftlichen öffentlichen Dienstleistungen
 - Wasserversorgung und Entwässerung?
 - Hausmüllentsorgung?
 - Energiewirtschaft
 - Begrenzung der Gebietskonzessionen (Rekommunalisierung!?)
 - „Unbundling“ = Trennung von Erzeugung und Vertrieb von Strom
(Koalitionsvertrag S. 164: Einschränkung der Daseinsvorsorge durch EU-Politik offensiv entgegenzutreten!)



Auswirkungen des EU-Binnenmarkts

(„Wettbewerb“ auch im öffentlichen Bereich)

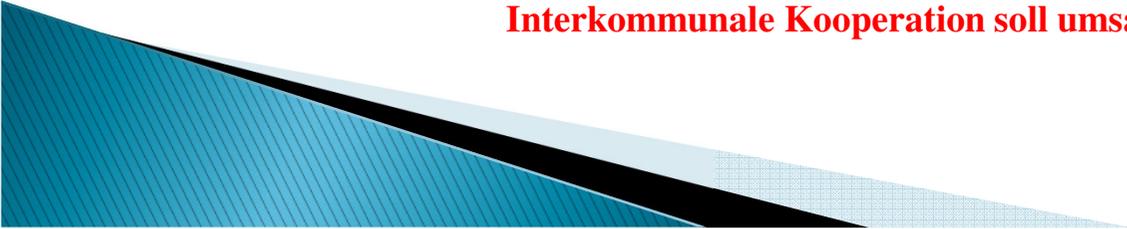
- ▶ EU-Vergaberecht: Vergabe öffentlicher Aufträge
 - europaweite Ausschreibungen
 - auch eigene Unternehmen im Wettbewerb (Inhousefähigkeit)
 - USB musste in zwei Gesellschaften aufgeteilt werden

- ▶ EU-Beihilferecht: Verwendung öffentlicher Mittel
 - Notifizierung von Zuschüssen bei der EU
 - „Betrauungsakte“ für kommunale Unternehmen z.B. des ÖPNV
 - Provisionen für kommunale Bürgschaften

- ▶ EU-Steuerrecht:
Umsatz- und Ertrags-Besteuerung der öffentliche Hand
 - BFH sieht überall „Leistungsaustausch“ anstelle einer gemeinwohlorientierten Förderung
 - Wegfall der öffentlichen Beistandsleistungen
 - Besteuerung der interkommunalen Kooperation

(Koalitionsvertrag S. 91:

Interkommunale Kooperation soll umsatzsteuerfrei bleiben!)



Börsen-Strompreise

(Phelix Futures der letzten 5 Jahre in €/MWh)



Koalitionsvertrag S. 50ff:

mit Ausbaukorridor für Erneuerbare Kostendynamik des EEG begrenzen;

Ausnahme für stromintensive Unternehmen im EEG europarechtlich absichern !

Kurzfristig Reservekapazitäten sicherstellen, mittelfristig Kapazitätsmärkte entwickeln!

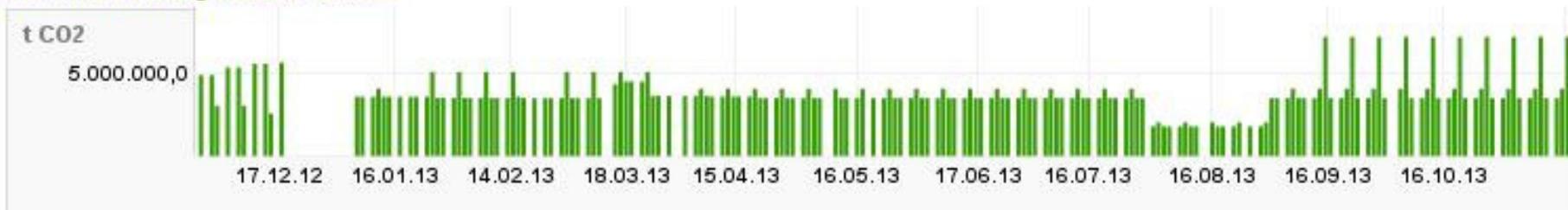
CO₂-Zertifikate in € pro t

(European Energy Exchange; Spotmarkt)

Preis

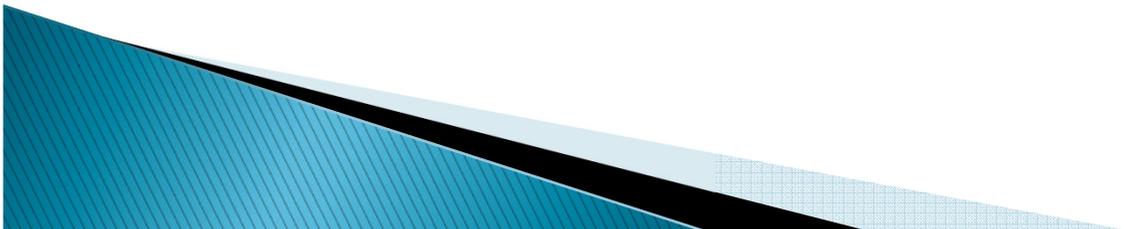


Volumen Primary Market Auction



**Koalitionsvertrag S. 50:
Emissionshandel soll wirksam werden!
„Backloading“ bleibt Ausnahme!**

Bochum und die europäische „Staatsschuldenkrise“



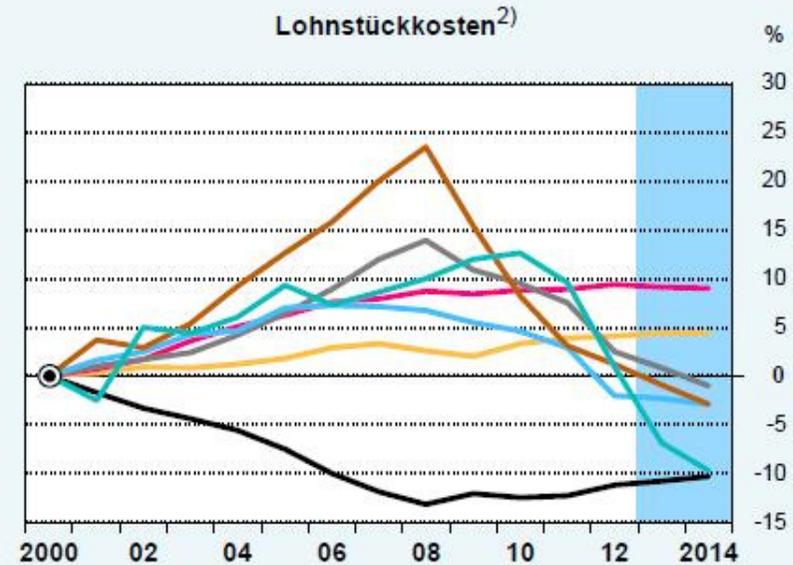
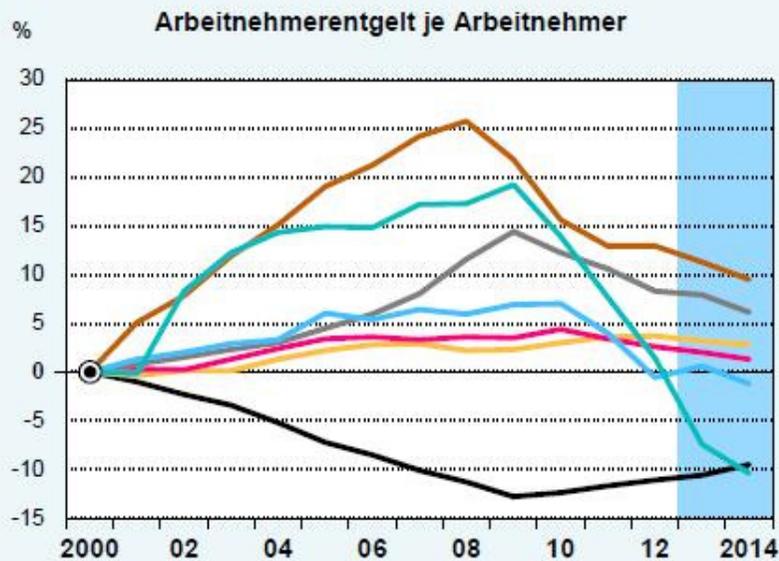
...Divergenzen in Europa...

Schaubild 22

Arbeitnehmerentgelt und Lohnstückkosten in ausgewählten Mitgliedstaaten des Euro-Raums

in Relation zum Durchschnitt im Euro-Raum¹⁾

— Deutschland — Frankreich — Griechenland — Irland
 — Italien — Portugal — Spanien — Prognosezeitraum

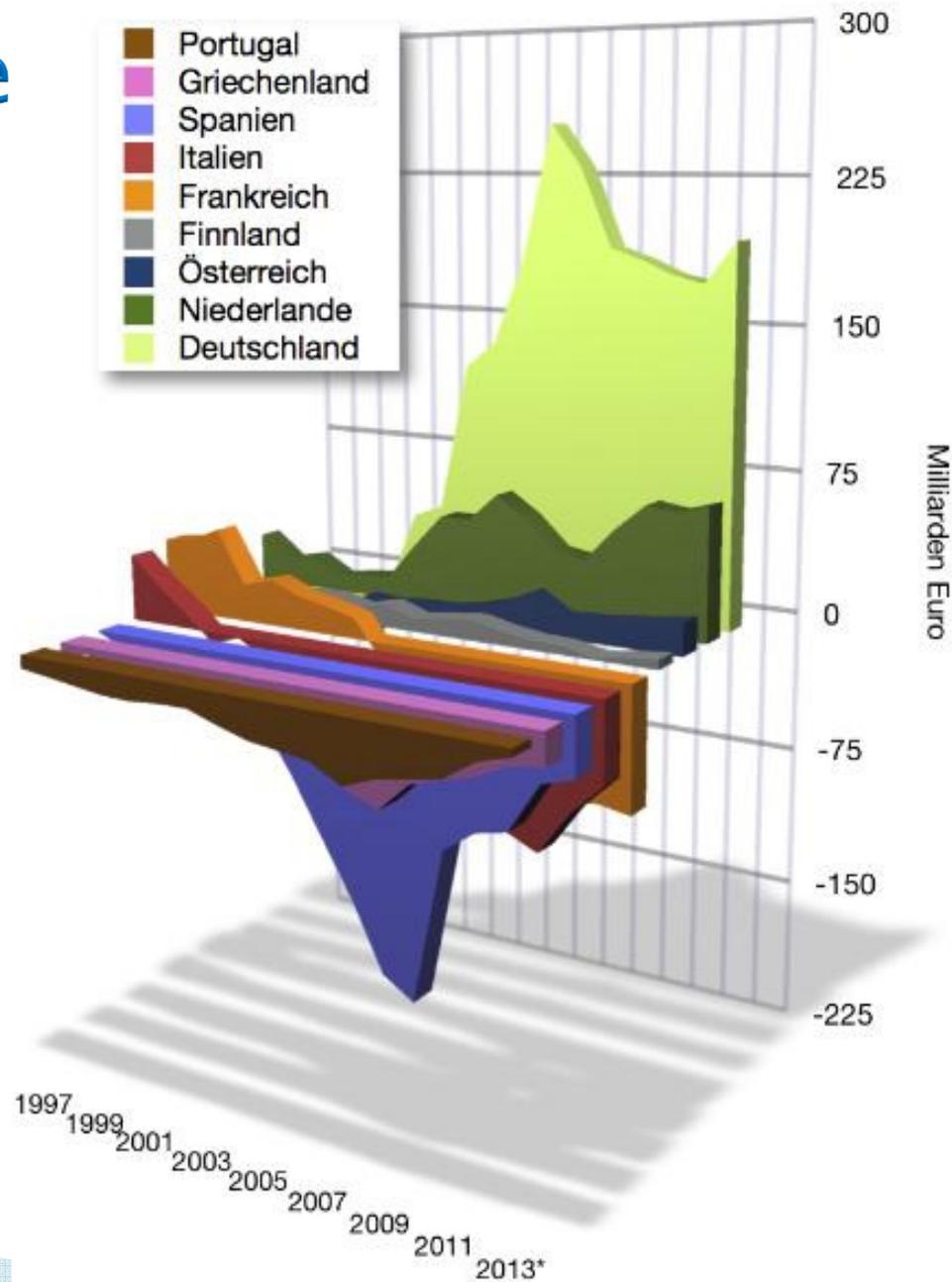


1) Euro-Raum mit 17 Mitgliedstaaten; Stand: 1. Januar 2011.– 2) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Relation zur Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen.

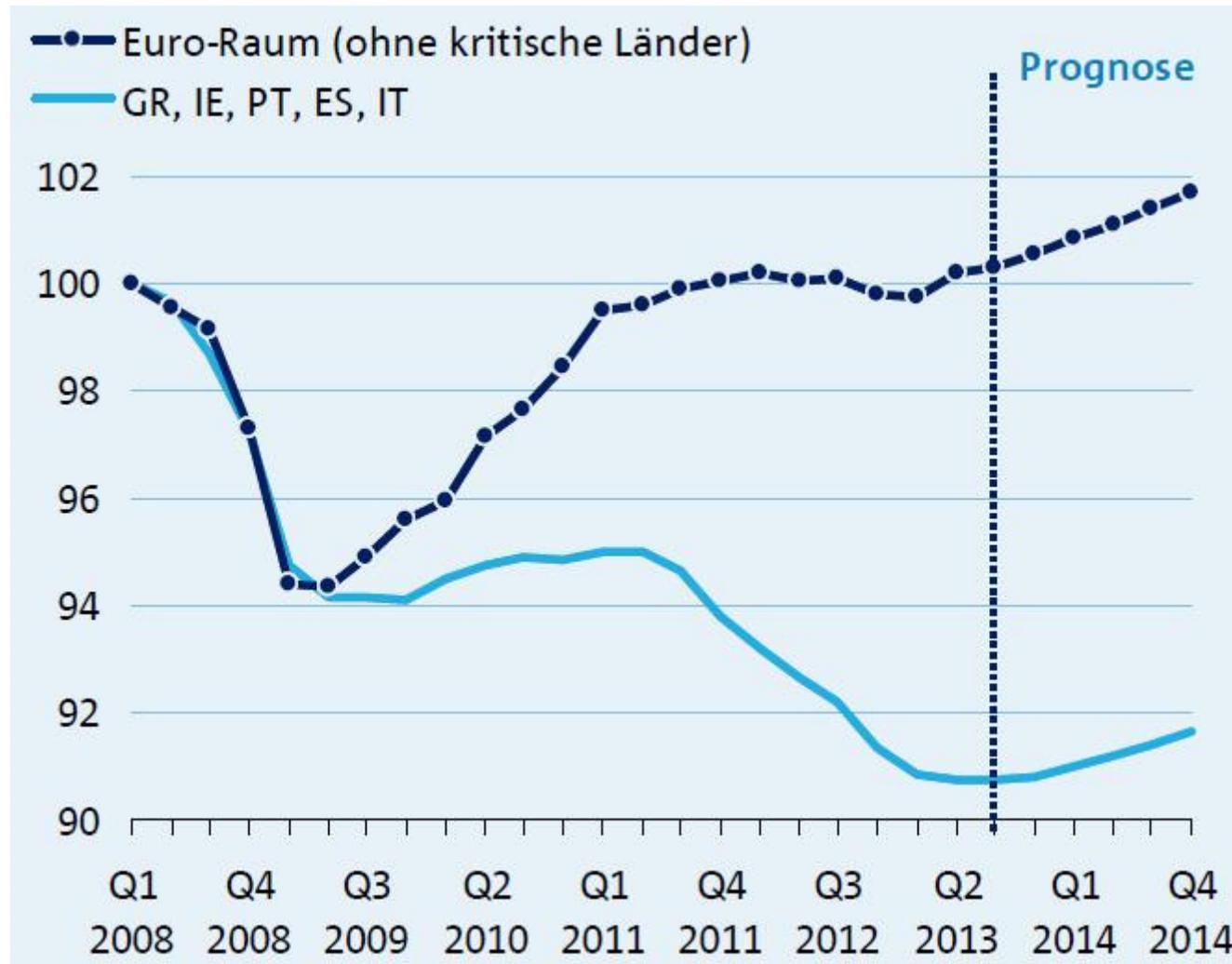
© Sachverständigenrat

Quellen: Europäische Kommission, Eurostat

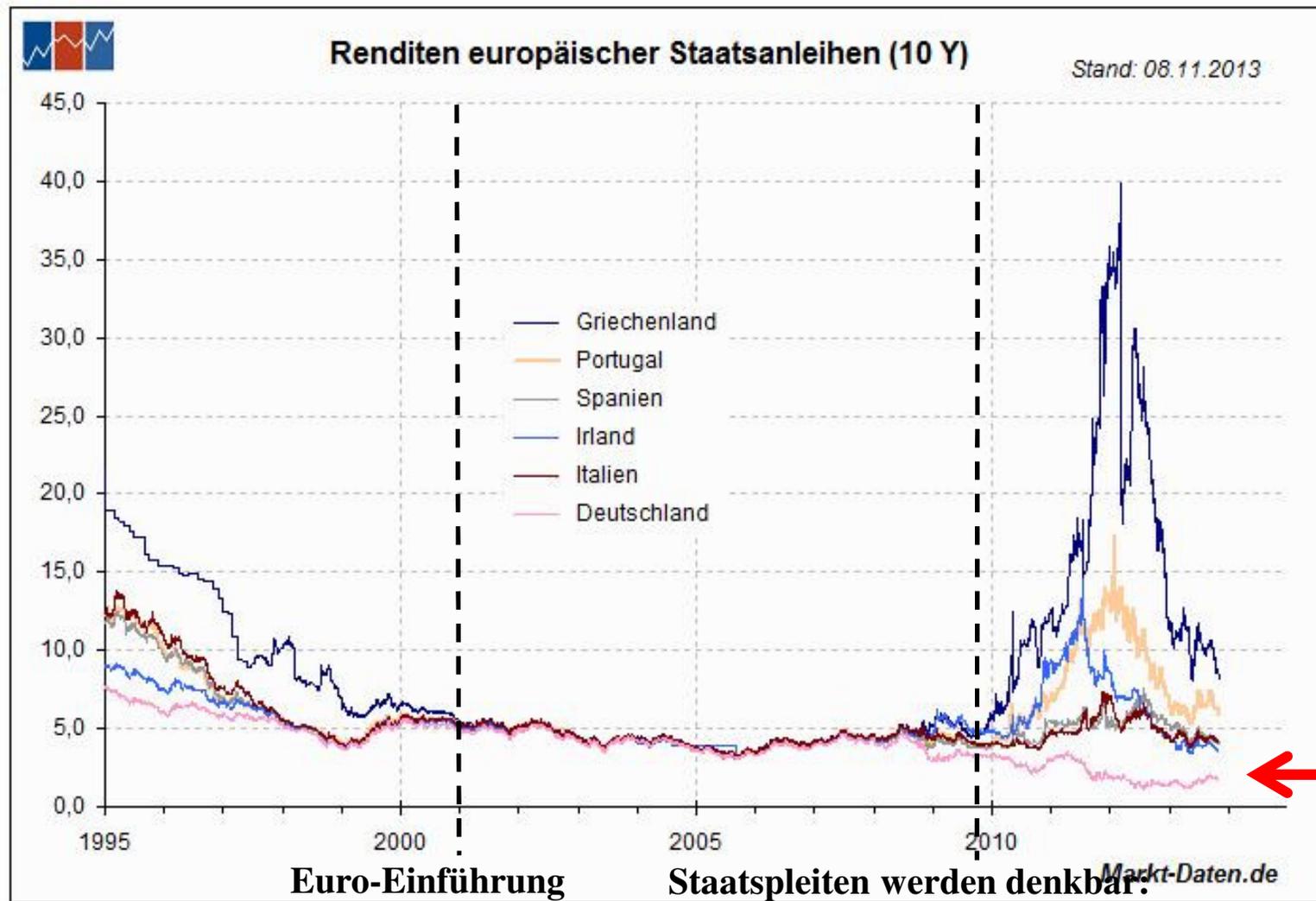
...dramatische
Ungleich-
gewichte
im Außen-
handel...



...gespaltene Konjunkturen...



...zerrüttete Staatsfinanzen...



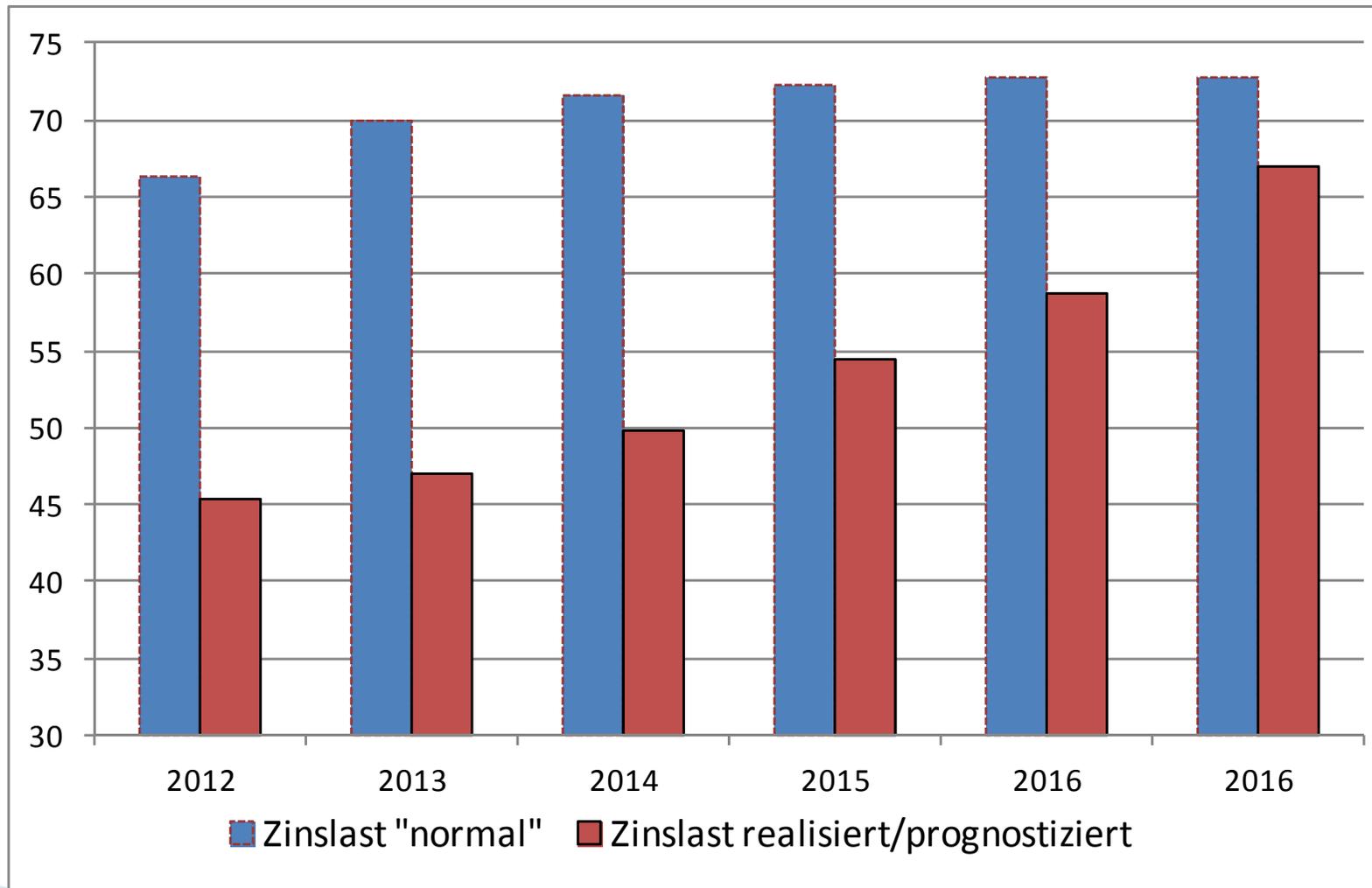
Euro-Einführung

Staatspleiten werden denkbar.

**die Nachfrage nach „safe haven“-
Staatsanleihen steigt**

„windfall profit“ niedriger Zinssätze

(„Staatsschuldenkrise“ und Bochums jährliche Zinslast in Mio €)



Fazit und Ausblick

- ▶ Der „Konzern Stadt Bochum“ ist ein Konglomerat mit extrem vielfältigen Aufgaben (grobe Schätzungen: 7 Mrd € Bilanzsumme, 15.000 Arbeitsplätze, jährliche Verluste).
- ▶ Erträge, Aufwendungen und Defizite, Handlungsanforderungen, -möglichkeiten und -restriktionen der Stadt hängen extrem von Landes-, Bundes- und EU-Vorgaben (insb. in der Energie-, Sozial- und Steuerpolitik) ab.
- ▶ Die Zukunftsfähigkeit Bochums liegt vor allem im Umfeld der dynamischen Hochschulen und dem hervorragenden Infrastruktur-Angebot.



Herzlichen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Manfred Busch
Stadtkämmerer Bochum
0234-910-1940
manfredbusch@bochum.de

